



# Haushalt 2012 – Schwarz-Grüner Offenbarungseid

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die letzten politischen Monate waren von den intensivsten Haushaltsberatungen aller Zeiten geprägt. Am Ende hat die FDP über 35 Anträge zur Verbesserung der Haushaltslage gestellt. Doch alle Argumente wurden von der mit 75 %-Mehrheit regierenden CDU-AL/Grüne-Koalition vom Tisch gewischt, alle Sparinitiativen wurden größtenteils argumentationslos abgelehnt! Auf dem Papier konnte das Defizit zwar um magere 500.000 € verringert werden – kleiner könnte der Tropfen auf den heißen Stein bei einer jährlichen Neuverschuldung von knapp 10 Millionen Euro wirklich nicht sein! Nun soll in einer zweiten Run-



**Tobias Krüger (32)**  
Fraktionsvorsitzender  
der FDP Rödermark

de mit den Bürgern diskutiert werden, wo Gebühren erhöht und wo eingespart werden kann. Die FDP praktiziert schon jetzt aktive Bürgerbeteiligung – dies zeigt sich nicht zuletzt an unseren stets offenen Fraktionssitzungen. Wie das ganze Beteiligungsverfahren jedoch inhaltlich und formal ablaufen soll, ist derzeit noch völlig unklar.

Notgedrungen bildet die finanzielle Situation unserer Stadt daher den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Ich empfehle Ihnen hierzu besonders den Standpunkt von Dr. Rüdiger Werner auf Seite 3. Leider ist Fakt, dass politisches Gestalten in naher Zukunft in Rödermark aufgrund fehlenden Geldes nur mit noch sehr begrenzt mit allergrößten Anstrengungen möglich sein wird. Stadtrat Alexander Sturm (CDU) sieht zwar diesen finanziellen Abgrund, an dem Rödermark steht, steuert aber nicht konsequent gegen; vom Schönwetterbürgermeister hierbei ganz zu schweigen. Die Pressemeldung des Kämmerers zum Thema „Rettungsschirm“ ist nichts anderes als ein Offenbarungseid: Selbst wenn alles aufgegeben wird, wozu Rödermark nicht gesetz-

### Aus dem Inhalt

- Warum die FDP weiterhin gebraucht wird....2
- Nachgefragt: „Ökosozialromantisch“.....2
- Leitbild für Rödermark.....2
- Standpunkt: Rödermark bald insolvent?.....3
- Wussten Sie schon, ... .....3
- Ohne Gebührenerhöhungen geht es nicht.....4
- Nachgefragt: Pferdesteuer .....4
- Frank Schäffler und der Euro-Rettungsschirm .....4

lich verpflichtet ist, würde ein ausgeglichener Haushalt unmöglich sein. Tenor: „Wir können es eh nicht schaffen, also tun wir lieber gar nichts und geben weiter Geld aus, das wir nicht haben.“ Diese Bankrotterklärung ist kein Ansatz, den die FDP vertreten kann und jemals wird. Erstens sind die Zahlen, die der Stadtrat verbreitet, wieder einmal falsch. Das Sparpotenzial ist signifikant höher – wenn denn der politische Wille nur da wäre. Zum anderen muss man es doch wenigstens versuchen! Die FDP hat hierzu viele praktikable Vorschläge gemacht, scheiterte aber am klaren Sparunwillen der CDU-AL/Grünen Koalition. So rutscht Rödermark Jahr für Jahr immer tiefer in die finanzielle Katastrophe. Eine bittere Wahrheit.

*Jhr Tobias Krüger*

## Rödermark verpasst Internetzeitalter!

Fast jeder Deutsche nutzt mittlerweile das Internet. Immer mehr Dienstleistungen können über das Internet abgewickelt werden. Bequem von Zuhause aus, außerhalb der Arbeitszeit. Der Dienstleister bearbeitet die Eingabe, wenn er die Zeit dazu findet. Mehr Service für den Bürger, effektiveres Arbeiten für den Dienstleister. Diese Vorteile nutzen heutzutage fast alle Unternehmen und auch die Mehrzahl der Behörden. Nur Rödermark bleibt nach Willen der Grün-Schwarzen Koalition im 20. Jahrhundert stehen. Eine neue, moderne Homepage mit vielen Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten zwischen Rathaus und Bürger, wie sie mittlerweile Standard ist, gehört bei CDU und

AL/Grüne nicht zu den Prioritäten. Insgesamt 55.000 € wollte die FDP-Fraktion für diese dringend notwendigen Modernisierungsmaßnahmen in den Hausalt einstellen. Geld, dass sich u.a. durch die damit möglichen effektiveren Verwaltungsstrukturen schnell amortisieren würde. Abgelehnt! Über 16.000 € Kosten für eine ganzseitige Hochglanzwerbung für Badehaus und Wirtschaftsstandort im Merian-Hessen-Heft dagegen wurden für gut befunden. Aus Sicht der FDP ist eine moderne, gutgemachte Homepage DIE Visitenkarte einer Stadt, das wichtigste Instrument für Stadtmarketing überhaupt. Dieses wird in Rödermark weiter sträflich vernachlässigt.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein erneuter Versuch, die politische Arbeit in Rödermark papierlos zu gestalten. Jährlich bis zu 500.000 Blatt Papier fallen hier an. Ausdrucken, Tackern, Verteilen (ein Bote wirft die Unterlagen regelmäßig persönlich in die Briefkästen der Mandatsträger!) – die Personalkosten allein für diese Betreuungsarbeiten liegen jährlich im hohen fünfstelligen Bereich. Ein Tablett-PC für jeden Mandatsträger (wenn gewünscht), Unterlagenversand per pdf, eine Druckkostenpauschale für die Fraktionen – bis zu 200.000 € pro Wahlperiode könnte man nach einer Überschlagsrechnung durch Organisationsänderungen hier einsparen. Für die Koalition (noch?) kein Thema. (rw)

# Die FDP wird weiterhin gebraucht!

Die politische Mitte ist frei für eine liberale Partei, frei für die FDP – das ist nach den Parteitag von SPD, Grünen und Piraten im vergangenen Herbst und nach dem der FDP Mitte April besonders klar.

Die Sozialdemokraten sind von der "neuen Mitte" wieder bei der alten Linken angekommen. Die Gabriel-SPD hält es für gerecht, wenn qualifizierte Beschäftigte und der Mittelstand mehr als die Hälfte ihres Einkommens an den Staat abgeben müssen. Mehr von der eigenen Leistung abgeben zu müssen, als man behalten darf – das ist das Gegenteil von Steuergerechtigkeit. Auch die arbeitende Mitte muss bluten, weil die Rentenbeiträge nach dem SPD-Konzept auf bis zu 24 % steigen könnten, wie Olaf Scholz einräumen musste. Die von der FDP auf den Weg gebrachte Reduzierung der "kalten Progression", der Inflationsgewinne des Staates, will Gabriel im Bundesrat blockieren: Der Mittelstand wird lautstark geschröpft, die kleinen Einkom-

men will die SPD heimlich abkassieren. Wegen der Gefahren für Wachstum und Arbeitsplätze hat der ehemalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder die Pläne seiner Partei mit einem Wort kommentiert: "falsch". Da hat er Recht.

Die FDP hält dagegen an ihrem Konzept fest: Das Bundeskabinett hat den Weg dafür frei gemacht, dass der Staat auf ihm nicht zustehende Mehreinnahmen in Höhe von 6 Milliarden Euro verzichten wird. Das ist unser Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit für die Mittelschicht. Im Jahr 2013 wird eine vierköpfige Familie mit zwei Durchschnittsverdienern etwa 1.200 Euro mehr Netto haben als im Jahr 2009.

Die Piratenpartei hat mit ihrem Parteitag Kurs "hart backbord" genommen: Anarchie in der Online-Welt, Lafontaine in der Offline-Welt – Linke mit Internetanschluss. Der Verzicht auf die Forderung nach Arbeitsaufnahme bei Hartz IV und das bedingungslose Grundeinkommen: das ist die Rente ab Geburt. Die Piraten vertreten eine Umsonst-Mentalität: umsonst Leben, umsonst öffentliche Verkehrsmittel nutzen, umsonst Kulturgut im Internet kopieren.



„Wir stehen für eine Freiheitspolitik, die den Bürger in Ruhe lässt, aber nicht im Stich!“

Christian Lindner

Was das kostet und wer bezahlt? Egal, sagte ein Delegierter, Deutschland sei ja ein "kackreiches" Land. Freiheit – das ist für die Piraten die Kostenfreiheit, die Freiheit von Pflichten, die Freiheit von Verantwortung. Dazu passt der Beschluss, alle Drogen zu legalisieren. Für die FDP bedeutet Freiheit dagegen die Übernahme von Verantwortung – für sich selbst und andere. Die Piraten sind nicht die neuen Liberalen!

Die FDP als Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft, der Leistungsgerechtigkeit, der arbeitenden Mitte in Deutschland wird noch gebraucht. Inhaltlich mehr denn je! (ak)

## Nachgefragt: „Ökosozialromantisch“

**Herr Kruger, kürzlich war der Bürgermeister extrem über den von Ihnen verwendeten Begriff „Ökosozialromantik“ erzürnt. Worum geht es bei dieser Wortschöpfung?**

Mir ging es darum, in der Debatte die aktuelle politische Schiefelage in Rödermark auf einen knappen und griffigen Nenner zu bringen. Ziel war es zu verdeutlichen, dass in Rödermark vornehmlich noch Geld (was nicht da ist) für Schönwetterthemen ausgegeben wird, aber z.B. die Themenbereiche „Wirtschaft“, „Arbeitsplätze vor Ort“ und „Gewerbeentwicklung“ allenfalls noch stiefmütterlich behandelt werden. Ich sehe die große Gefahr, dass Politik in Rödermark zu einem rein grün-ökologisch-sozialen Tagtraum wird und dabei andere, existenziell wichtige Themen zu politischen Randnotizen verkommen. Dies insbesondere, weil die CDU offenbar sämtliche wirtschaftliche Überzeugungen auf dem Altar des Machterhalts geopfert hat. Ich will damit natürlich nicht sagen, dass alle ökologischen oder sozialen Themen schlecht oder gar unwichtig sind – keinesfalls. Aber eine zukunftsorientierte Stadtpolitik braucht eine gesunde Gewichtung aller Themen und keine gewollte grüne Schiefelage. Wirtschaft finanziert Soziales und Arbeitsplätze vor Ort sichern Familien!

## Leitbild für Rödermark noch 2012

In diesen Wochen beginnt mit einer repräsentativen Befragung von 600 Rödermärker Bürgern zu den Stärken und Schwächen ihrer Stadt, zu ihren Erwartungen und Wünschen für die Zukunft ein Leitbildprozess, der noch im Herbst 2012 zu einer fertigen Stadtkonzeption, einem Leitbild für Rödermark führen soll. Seit langem fordert die FDP diesen Prozess, den viele Nachbarkommunen wie Heusenstamm oder Dieburg bereits erfolgreich abgeschlossen haben, auch für Rödermark. Unter Leitung der erfahrenen Mediatorin Prof. Dr. Ursula Funke kommt es nun endlich zu einer Umsetzung. Nach Auswertung der Bürgerbefragung und einer Infoveranstaltung im Juni wird im Anschluss in 4 Arbeitskreisen das eigentliche Leitbild entwickelt. Umso mehr Bürger sich aktiv an der Entstehung beteiligen, umso größer wird auch die Akzeptanz des Ergebnisses sein. Die FDP ermutigt daher alle Bürger zu einer aktiven Beteiligung!

Das Stadtleitbild ist weder ein Ersatz für politische Entscheidungen noch stellt es einen Forderungskatalog an die Verwaltung da. Vielmehr ist es ein Handlungsleitfaden für eine verstärkte Zusammenarbeit von Bürgern, Politik und Verwaltung zum Wohle der Stadt. Gerade im Zusammenhang mit

der zugespitzten finanziellen Situation Rödermarks ist die Entwicklung einer mit breiter Bürgerbeteiligung erstellten, in die Zukunft gerichteten Stadtkonzeption ein wichtiger Schritt, die Handlungsfähigkeit der Kommune zu bewahren. Die FDP ist gespannt auf das Ergebnis. (rw)

## Die Sparvorschläge der FDP für den Haushalt 2012

Die FDP hat zum diesjährigen Haushalt der Stadt Rödermark über 70 Fragen formuliert und letztendlich 39 Anträge gestellt, von denen 7 kurzfristig und 4 mittelfristig die Einnahmesituation verbessern sollten. Die Mehrzahl von 23 Anträgen hatte eine Verringerung der Ausgaben zum Ziel. Einsparvolumen dieser Anträge: knapp 2 Mill. €. Leider hat die schwarz-grüne Koalition alle Vorschläge, die sie nicht selbst formuliert hat, abgelehnt.

Was die FDP im Einzelnen vorgeschlagen hat, welche tragfähige Konzeption hinter dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket steckt, wie wir das Vorgehen der Koalition bewerten und wie die FDP das Thema Bürgerbeteiligung sieht, können Sie im Detail in der Rubrik „Blog“ unter [www.fdp-fraktion-roedermark.de](http://www.fdp-fraktion-roedermark.de) erfahren.



## Liberaler Standpunkt

### Rödermark bald insolvent? Griechische Verhältnisse an der Rodau

Stellen Sie sich vor, sie verdienen 2000 € im Monat, geben aber jeden Monat 3000 € aus. Wie lange macht ihre Bank das mit? Was machen Sie dann? Sie würden alles erdenkliche tun, um entweder Ihre Ausgaben herunterzufahren oder versuchen, ihre Einnahmen zu erhöhen. Das ist auch nötig, denn irgendwann wird sich kein Geldgeber mehr finden, der Ihnen Ihr Leben über Ihren Verhältnissen finanziert. So lässt sich die Situation Rödermarks beschreiben, nur dass hier die Machthabenden bisher weder ernsthaft versuchen, die Ausgaben zu senken noch die Einnahmen zu erhöhen. Es wird einfach so weitergemacht wie bisher, als ob es keine Rödermärker Schuldenkrise gäbe. Ist ja nicht das eigene Geld.



Dr. Rüdiger Werner (42)

Ich sehe 3 mögliche Szenarien für die kommenden Jahre:

**Szenario A:** Das von der FDP bevorzugte Szenario. Die Politik versucht aus eigener Kraft mit harten Einschnitten ihren Haushalt in den Griff zu bekommen. Die FDP hat hierzu Wege aufgezeigt. Wenn gleichzeitig die Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzen geändert würden, der kommunale Finanzausgleich gestärkt würde und überzogene Standards zurückgenommen würden, könnte so unter Erhalt der kommunalen Selbstbestimmung der Haushaltsausgleich (Ausgaben = Einnahmen) erreicht werden.  
**Szenario B:** Rödermark begibt sich unter den kommunalen Rettungsschirm des Landes. Das Rödermark zu den 92 Städten und Gemeinden (von 426) gehört, die das dürfen, ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Ca. 12,5 Mill. €

Schulden würde Hessen übernehmen, dafür gäbe es aber restriktive Auflagen, bis ca. 2020 einen ausgeglichenen Haushalt aufzuweisen. Werden diese Auflagen nicht erfüllt, erfolgen Zwangsmaßnahmen, die kommunale Selbstbestimmung wäre dahin. Aus Sicht des Kämmers ist ein Haushaltsausgleich bis 2020 nicht möglich.

**Szenario C:** Rödermark macht weiter wie bisher. Die Neuverschuldung steigt jedes Jahr weiter an, von heute 8,5 Mill. € auf 16 Mill. € 2020. 2019 ist das Eigenkapital aufgebraucht, Rödermark ist insolvent und hat 2020 rund 180 Mill. € Schulden. Natürlich würde die Kommunalaufsicht schon vorher einschreiten. Nach der Hessischen Gemeindeordnung kämen in der Reihenfolge ihrer Ausprägung folgende Maßnahmen in Frage: Beanstandung, Anweisung, Ersatzvornahme, Bestellung eines Beauftragten und Auflösung der Gemeindevertretung. Die kommunale Selbstbestimmung wäre ebenso verloren.

Ich bin in der glücklichen Lage, mir meine Bücher selbst kaufen sowie die Bäder und Theater in der Umgebung aufsuchen zu können, wenn Badehaus, Stadtbüchereien und Kulturhalle geschlossen werden, ich bin auch nicht mehr von Gebührenerhöhungen in den Betreuungseinrichtungen betroffen. Auch die Einstellung sämtlicher Buslinien würde mich persönlich nicht sonderlich treffen. Viele Mitbürger aber schon. Mich würden aber die Verdoppelung aller Steuersätze ebenso belasten, wie die Einstellung der Grünpflege auf das gesetzlich Notwendige. Die Einstellung der Vereinsförderung sowie das Schließen der Sporthallen wäre für das Vereinsleben katastrophal. Auch die immer schlechter werdenden Straßen sowie die Verwahrlosung der öffentlichen Plätze sowie der Landschaft wäre nicht in meinem Sinne. Erwarten Sie bitte von dieser Koalition keine Lösung. Armes Rödermark!

## Das kommt 2012

2012 wird endlich die Ortsdurchfahrt Waldacker saniert. Die Bürgersteige werden erneuert, es wird 3 neue Querungshilfen geben, die Bushaltestellen werden barrierefrei und die Situation für Radfahrer verbessert. 2012 wird ein Leitbildprozess für Rödermark mit umfassender Bürgerbeteiligung stattfinden. Auch für die kommenden Haushaltsberatungen soll es eine umfas-

sende Bürgerbeteiligung im Vorfeld geben. 2012 wird ein Klimaschutzkonzept für Rödermark verabschiedet, 2 neue U3-Betreuungseinrichtungen eröffnet, die TG den Gau-Wandertag durchführen, wird es wieder ein „Mitte noi“ geben ebenso wie die 3. Fitness & Business Messe. 2012 wird der Schuldenstand der Stadt die 70 Millionen €-Marke überschreiten.

## Wussten Sie schon, ...

... dass den Vorschlägen der FDP, auch bei der Finanzausstattung der Fraktionen sowie bei den Aufwandsentschädigungen für die Stadtverordneten zu kürzen, außer den Freien Wählern keine Partei gefolgt ist? Bis zu 80.000 € in einer Wahlperiode wären mit den Vorschlägen einzusparen gewesen.

... dass im Badehaus (zur Erinnerung: jährliches Defizit über 1 Mill. €) 2012 für 200.000 € ein Anbau errichtet wird, der Sozialräume mit Duschen und Büros für die Mitarbeiter bereitstellt? Weitere 220.000 € wird die Neuerrichtung des Blockheizkraftwerkes kosten. Dies wurde notwendig, da aufgrund Fehler im Vertrag mit dem Betreiber das bestehende BHKW nicht einsatzfähig war.

... dass eine ganzseitige Werbeanzeige für Badehaus und Wirtschaftsstandort Rödermark im neuen Merian-Heft „Hessen“ der Stadt rund 16.000 € wert war?

... der Magistrat bereit ist, für das Versetzen einer Werbetafel (kik), die angeblich den Blick auf eine industriekulturhistorisch wichtige Uhr versperrt, bis zu 5.000 € öffentliche Gelder in die Hand zu nehmen?

... dass Rödermark die höchsten Brandschutzkosten pro Einwohner im ganzen Kreis hat? Rund 35 € pro Einwohner kosten Personal und Unterhaltung der beiden Feuerwahrstützpunkte.

... dass das neue Stadtteilzentrum Schillerhaus der Stadt jährlich Kosten von 200.000 € verursacht? Bei der Entscheidung pro Schillerhaus wurden den Stadtverordneten Kosten von maximal 50.000 € genannt.

... dass allein die Grünpflege der beiden Friedhöfe in Ober-Roden und Urberach jährliche Kosten von 255.000 € verursacht? Eine Reduzierung dieser Kosten um 55.000 € durch Leistungskürzungen, Fremdvergabe oder mehr ehrenamtliches Engagement der Friedhofsnutzer wurde von der Koalition aus CDU und AL/Grünen abgelehnt.

... dass die FDP seit kurzem jeden interessierten Bürger, der sich per Mail an Transparenz2.0@fdp-Rödermark.de in unseren Verteiler aufnehmen lässt, mit pdf-Dateien aller öffentlichen Druckvorlagen (Tagesordnungen, Anträgen, Beratungsunterlagen, Konzepten, Berichten etc.) der Stadt versorgt?

## Nachgefragt: Pferdesteuer

### Herr Dr. Werner, war der Vorstoß der FDP in Richtung Pferdesteuer ernst gemeint?

Uneingeschränkt ja! Wie bereits erwähnt ist unser städtisches Defizit nur mit Ausgabenkürzungen nicht zu überwinden. Es müssen auch auf allen Ebenen die Einnahmen erhöht werden. Die Pferdesteuer ist die einzige noch nicht eingeführte kommunale Steuer, mit der sich in Rödermark signifikante Einnahmen (im niedrigen fünfstelligen Bereich) erzielen ließen. Wir als FDP würden am liebsten ohne jede Bagatellsteuern auskommen. Weder die Hundesteuer, deren baldige Erhöhung bei der CDU/AL-Koalition beschlossene Sache ist, noch die Pferdesteuer sind begründet. Es geht bei beiden nur um das Stopfen von Haushaltslöchern – und darauf können wir leider nicht verzichten. Die Koalition geht hierbei den Weg des kleineren Widerstandes, wir als FDP halten die Einführung einer Pferdesteuer – wenn sie sich denn rechnet – für gerechter als die Erhöhung der Hundesteuer. Wie bei der Hundesteuer gäbe es bei einer Pferdesteuer übrigens auch viele Ausnahmen. Besteuert würden ausschließlich Freizeitpferde, Arbeitspferde dürfen nicht besteuert werden und auch für Therapiepferde gäbe es Ausnahmen. Die von uns vorgeschlagenen 100–200 € im Jahr würden keinen Reitstall in den Ruin führen, auch sehen wir deswegen keine Benachteiligung Rödermärker Pferdehöfe. Noch ist die Lobby gegen eine Pferdesteuer stark, wenn die Finanzlage der Kommunen aber so schlecht bleibt wie zurzeit, wird diese Steuer in 10 Jahren wohl eher die Regel denn die Ausnahme sein.

## Termine

- 22.5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, Halle Urberach, 19:30 Uhr
- 25.6. Offene Fraktionssitzung der FDP Rödermark, Bulau, Hotel Odenwaldblick, 19:30 h
- 26.6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, Halle Urberach, 19:30 Uhr
- 5.8. Sommertour und Sommerfest der FDP Rödermark

# Ohne Gebührenerhöhungen geht es leider nicht!

Einigkeit herrscht unter den politischen Parteien dahingehend: ohne Gebührenerhöhungen wird es in Zukunft nicht gehen. Dies betrifft vor allem die Kinderbetriebsgebühren. Strittig sind nur die Fragen: wann und in welchem Ausmaß? Dies soll gemeinsam mit den Bürgern in den nächsten Monaten diskutiert und für 2013 dann umgesetzt werden.

In den letzten 10 Jahren wurden die Gebühren für die Kindergarten- und Hortplätze nicht angepasst. Der Kostendeckungsbeitrag der Eltern hat sich in dieser Zeit halbiert. Erweiterung der Öffnungszeiten, mehr Ganztagsplätze, Absenkung der Gruppenstärken (Inklusion von Integrationskindern), Änderung der gesetzlichen Vorgaben (Mindestverordnung) führt zu mehr Personal pro Gruppe. Dazu einige Zahlen: Der Betrieb der 11 Kindergärten kostet die Stadt knapp 5,2 Mill. € jährlich, nur 630.000 € davon sind durch Elterngebühren gedeckt. Jeder der rund 700 Plätze verursacht im Schnitt also Kosten von 7.400 €. Noch schlimmer sieht es bei der Kleinkindbetreuung aus. 29 Städtische Krabbelgruppenplätze verursachen Kosten von 470.000 € jährlich, das sind 16.250 € pro Kind, 1.350 € pro Kind und Monat! Gebührenanteil der Eltern bisher: 220 €.

Die Mittagsverpflegung in den Kitas und Horten wird mit über 260.000 € jährlich subventioniert, das sind rund 3 € pro Es-

sen. Die Hortbetreuung von 89 Kindern in 3 städtischen Horten verursacht Kosten von rund 750.000 €, 700 € pro Kind und Monat für 2–5 h Betreuung täglich. Elternbeitrag bisher: 141 €.

Viele dieser Kosten werden durch hohe (zu hohe?) Standards verursacht, die von Bund und Land beschlossen wurden und von den Kommunen einzuhalten sind. Aus Sicht der FDP sind viele dieser Standards überdenkenswert bzw. sollte es eine höhere Kostenbeteiligung von Bund und Land geben. Aber auch dann ist eine signifikante Gebührenerhöhung unumgänglich. Die von der FDP vorgeschlagenen Kostendeckungsbeiträge von 30–35 % an den tatsächlichen Kosten würden in etwa zu einer Gebührenverdopplung führen, der Subventionsbedarf der Betreuungseinrichtungen würde um rund 800.000 € sinken. Dazu fordert die FDP kostendeckende Mittagssessenspauschalen. (rw)

## Impressum

**Herausgeber:** FDP Rödermark

**ViSdP:** Tobias Kruger

**Satz und Layout:**

Publishing Services Werner GmbH

**Texte und Bilder:** Andreas Köhler (ak), Kathrin Köhler (kk), Tobias Kruger (tk), Dr. Rüdiger Werner (rw)

**Fragen, Anregungen oder Kritik?**

blaugelb@fdp-roedermark.de

**Auflage:** 10.000

## Frank Schäffler und der Euro-Rettungsschirm

Ein hochkarätig besetztes Podium präsentierte die FDP Rödermark am 17. November 2011 im Hochzeitssaal der Kulturhalle. „Aussitzen oder Handeln – ein kritischer Blick auf den Euro“ lautete der Titel der Informationsveranstaltung. Mit dem als „Euro-Rebell“ bekannt gewordenen FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler, dem Mitglied des Europaparlaments Michael Theurer (FDP) sowie Prof. Dr. Thorsten Polleit, Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management und Chief German Economist bei Barclays Capital, folgten 3 hochkarätige Fachleute dem Ruf der FDP nach Rödermark. Vor über 80 interessierten Zuhörern erläuterte jeder der 3 Gäste in 15-minütigen Eingangsstellungen seine Thesen der Ursachen und Auswirkungen der aktuellen



Schulden- und Euro-Krise. In der anschließenden gut zweistündigen, sehr intensiven Diskussionsrunde wurden die Fragen der Zuhörer ausgiebig beantwortet.

Die FDP-Mitglieder entschieden sich in der von Frank Schäffler initiierten Mitgliederbefragung mit knapper Mehrheit gegen den Schäffler-Antrag und für den Beitritt Deutschlands zum Euro-Rettungsschirm ESM, sprachen sich aber gleichzeitig gegen jede weitere Ausweitung aus. (kk)